Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (1spalt.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1894.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Filiale: **Marienstrasse 15**
(Eingang: Antonsplatz).
Normal-, Reform-, Merino- und seidene **Unterzeuge. Blousen** und **Jaquettes, Shawls, Tücher, Plaids, Unterröcke, Westen, Bade-** und **Radfahrer-Artikel, Schlafdecken.**

Gesangbücher
in reichster Auswahl von **1 Mk. 50 Pf.** an,
Poesie-Albums, Schultaschen, Ranzen, passende **Confirmanden-Geschenke** in Schmuckkasten: Armbänder, Kreuze, Colliers, Ringe, Ohrringe, Broschen, Uhrketten, Manschettenknöpfe etc. empfiehlt
C. A. Bochmann, Dresden-N., **Hauptstrasse 25.**

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Tuchwaaren.
Den Eingang sämmtl. Neuheiten in den **besten deutschen** und **englischen Fabrikaten** für das Frühjahr zeigen ergebenst an
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
Maßanfertigungen prompt.

Havelocks in großer Auswahl von 15 Mk. an
Altmarkt. Robert Kunze. Rathhaus.
Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren.
Neuheiten englischer und Wiener **Herrenhüte.**

Nr. 48. Spiegel: Postverwaltung im Reichstag. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen, preußische Eisenbahnpolitik, Stadtverordnetensitzung, Verein der Staatsbahnbeamten, Dresdner Gastwirthe, Bezirksausschuß. „Frau Diavolo". Berliner Domchor. **Sonnabend, 17. Februar.**

Politisches.

Der Reichstag hat sich in den letzten Tagen sehr eingehend mit dem Postetat befaßt und dabei von dem ihm zustehenden Recht der Kritik nach den verschiedensten Richtungen hin einen so ausgiebigen Gebrauch gemacht, wie vielleicht niemals zuvor. Von fast allen Seiten fielen die Vorwürfe auf den Generalpostmeister hageldicht hernieder. Keineswegs darf man hieraus den Schluß ziehen, daß Deutschland etwa das von dem Auslande wie dem Inlande hinreichend gewürdigte Recht eingebüßt habe, auf seine postalische Einrichtung und Verwaltung im Allgemeinen mit stolzer Befriedigung zu blicken und insbesondere mit Genugthuung und Anerkennung auf die Fortschritte hinweisen zu dürfen, die das gesammte Post- und Telegraphenwesen unter dem reformatorischen Regimente des Herrn von Stephan gemacht hat. Der Staatssekretär des Reichspostamtes gehört zweifellos in die natürliche Reihe der hochverdienten und hervorragenden Männer, die das Deutsche Reich während der Bismarckschen Aera aufzuweisen hatte, und es wäre ein bitteres Unrecht und eine große Undankbarkeit zugleich, unserem Stephan die unleugbaren Verdienste, die er sich auf Grund seiner genialen organisatorischen Befähigung und seiner unermüdlichen Thätigkeit um unser gesammtes Verkehrswesen erworben hat, um deswillen verkleinern oder gar gänzlich absprechen zu wollen, weil heute das Parlament Vielerlei an der Postverwaltung auszusetzen und im Laufe der Verhandlungen und bei den Abstimmungen andere Ansichten und Grundsätze zur Geltung gebracht hat, als sie die Leiter des Postwesens in letzter Zeit vertreten haben.

Daß der Reichstag in vielen Beziehungen mit der Auffassung des Reichspost-Staatssekretärs, der neuerdings ein wenig einem den berechtigten Bedürfnissen der öffentlichen Meinung zu wenig Rechnung tragenden Bureaukratismus zuzuneigen scheint, nicht übereinstimmt, zeigte sich besonders in folgenden Punkten. Die Resolution, durch die Herr v. Stephan aufgefordert wird, das von ihm bekämpfte Dienstaltersstufensystem für die mittleren Beamten im nächsten Jahre durchzuführen und für die unteren Beamten in Aussicht zu nehmen, wurde einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde der von der Postverwaltung geforderte Unterstaatssekretär einstimmig und die Umwandlung eines Hilfsarbeiterpostens in eine Rathsstelle mit großer Mehrheit abgelehnt. Ferner wird der vorliegende ultramontane Antrag, welcher auf die Verbesserung der dienstlichen Stellung der Postassistenten, insbesondere auf deren Gleichstellung mit den Militäranwärtern in der Zulassung zum Sekretärexamen gerichtet ist, sicher mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen, obwohl sich die Postverwaltung sehr energisch dagegen sträubt. Endlich ist die vom Centrum mit konservativer Unterstützung beantragte Resolution, behufs größerer Sonntagsheiligung die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Packete der Reichspost an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Weihnachtszeit auf Eilsendungen zu beschränken, gegen vereinzelte freisinnige und nationalliberale Stimmen angenommen worden. Die Gegenausführungen des Herrn von Stephan waren nicht sehr glücklich und wirkten, besonders nicht insofern, als er meinte, wenn es mit dem Sonntage so genau genommen würde, könnten ja auch die Juden kommen und sich die Bestellung am Sabbath verbitten. Wo ist denn, fragte ein antisemitischer Redner hierauf mit Recht, der jüdische Staat, auf den der Staatssekretär Rücksicht nehmen muß? Und ironisch bemerkte ein Centrumsabgeordneter: Wenn die Israeliten in Deutschland verlangen, daß ihnen am Sabbath kein Brief und kein Packet zugestellt werde, so bin ich der entschiedenste Vertreter dieses Verlangens.

Die schärfsten Angriffe erfuhren die Leiter der Postverwaltung, als die Maßregelungen zur Sprache gebracht wurden, die im angeblichen Interesse des Dienstes gegen eine größere Zahl von Mitgliedern des Postassistentenverbandes gerichtet worden sind. Daß sich besonders die Sozialdemokraten der gemaßregelten Beamten annahmen, geschah freilich nur in der Berechnung, durch Vertretung der Beschwerden der Unterbeamten in den Reihen derselben an Boden zu gewinnen. Mit Recht fand es Abg. Liebermann von Sonnenberg bedauerlich, daß die beiden jüdischen Sozialdemokraten Singer und Schönlank so zahlreiche Beschwerden gegen die Postverwaltung in so maßloser Form vorbrachten. Aber als noch viel bedauerlicher erachtete es der Führer der deutsch sozialen Partei, daß diese Herren in fast allen Punkten sachlich Recht haben. „Sie haben vielfach gute Quellen benutzt," führte Abg. Liebermann von Sonnenberg aus; „ich bin in der Lage, diese Quellen zu kontroliren. Wenn der Abg. Schönlank neulich sagte: Ich sage: wenn der bürgerliche Herr Heinrich Stephan aus Stolp heute als junger Mann in den Postdienst einträte und würde gezwungen, unter den heutigen Zuständen als Postassistent thätig zu sein, so können Sie versichert sein, daß dieser talentirte, energische Mann das eifrigste Mitglied, der lauteste Rufer im Streit für den Postassistentenverein sein würde und nicht nur ein eifriger Verbündeter, sondern der wüthendste Sozialdemokrat auf dem Erdboden: — so mag man zugeben, daß es psychologisch ganz interessant ist, solche Fragen aufzuwerfen. Ich kann aber dem Herrn Abg. Schönlank nicht ganz Recht geben. Ich halte es zwar auch für möglich, daß vielleicht der Herr Staatssekretär in dem supponirten Falle Mitglied des Postassistentenverbandes wäre, ich glaube aber nicht, daß, wenn er es geworden wäre, er gleichzeitig auch der wüthendste Sozialdemokrat sein könnte. Der Verband der Postassistenten besteht aus königstreuen Beamten, die es weit von sich abweisen, irgend welche politischen Verbindungen mit der Sozialdemokratie zu unterhalten; sie würden rücksichtslos Denjenigen, der sich als wüthender Sozialdemokrat bei ihnen offenbarte, aus dem Verbande hinausthun. Der Herr Direktor Fischer verlangte von Herrn Singer Einzelheiten und sagte an einer anderen Stelle, der Vorwurf der Verletzung des Briefgeheimnisses sei mit der schlimmste, den man den Postbeamten machen könne. Ganz richtig! Ich bin auch durchaus dieser Ansicht, und darum bin ich einigermaßen erstaunt gewesen, daß, trotzdem ich eine Fülle von Beschwerden, die auch auf dies Gebiet hinüberspielten, vorgebracht habe, hier bisher keine Antwort gegeben ist. Ich beschuldige auf Grund der mir zugegangenen Mittheilungen in ausführlicher Darstellung den Oberpostdirektor Dinnelang der Verletzung des Telegraphengeheimnisses. Ich brachte die Thatsache zur Sprache, daß der Postassistent Müller in Straßburg das Briefgeheimniß verletzt hätte, indem er die Taschen der Briefträger durchsuchte nach den Kreuzbändern, die die Mitglieder des Postassistentenvereins aus Berlin bekommen und ich kann mich auf die eigenen Worte des Herrn Geheimrath Fischer berufen, daß die Adresse von Postsendungen keinem Dritten verrathen werden dürfe. Ich meine, es hätte auch im Interesse dieses so angegriffenen Beamten gelegen, daß die Untersuchung eingeleitet und die Ergebnisse derselben bekannt gemacht worden wären. Ich habe ferner damals das eigenartige Verfahren zur Sprache gebracht, welches der Oberpostdirektor Köhne in Bezug auf die Nachrichtenbeschaffung über den Postassistentenverein eingeschlagen hat. Ich habe den Schutz der nationalen Arbeit gegenüber der Vergebung von Lieferungen an jüdische Lieferanten betont. Zu meinem Erstaunen habe ich vernommen, daß der Herr Direktor Fischer es für eine ganz unerlaubte Agitation hält, wenn die Postassistenten in etwas drastischer Form für das von ihnen begründete Verbands-Kleidergeschäft werben. Was aber den Postassistenten recht ist, sollte den Oberpostdirektoren billig sein. Ich habe zur Sprache gebracht, daß der Oberpostdirektor Griesbach in Berlin in einer nicht mehr schön zu nennenden Weise sich zum Agenten für das jüdische Kleidergeschäft von Eduard Sachs machte, und ebenso der Oberpostdirektor Rehbock in Magdeburg das gleiche in amtlichen Verfügungen gethan hat. Ich kann allerdings nicht nachweisen, wie es Herr Geheimrath Fischer verlangt, daß den Beamten der Eintritt in den Verein verboten worden ist, wohl aber kann ich nachweisen und habe das im vorigen Jahre gethan, daß sie amtlich dringend aufgefordert sind, auszutreten, daß sie gewarnt worden sind, ohne daß man dieses nachher als Anwendung eines Disciplinarmittels anerkennen wollte, und noch so manches Andere. Die Assistenten hegen seit Jahren den Wunsch, ihre materielle Lage insofern zu verbessern, als sie für sich die Möglichkeit erlangen, nach Ablegung eines Examens in Sekretärstellen aufzurücken. Die Postassistenten beklagen sich darüber, daß für sie Ausnahmebestimmungen bestehen, wie sie weder für die Unterbeamten, noch für die Posteleven, noch für die Kategorie der Postassistenten vorhanden sind, die aus dem Militäranwärterstande hervorgehen. Ich meine wirklich, wenn solche Unzuträglichkeiten in den betreffenden Bestimmungen vorhanden sind — so ist das allerdings ein berechtigter Grund zur Unzufriedenheit."

Abg. Liebermann von Sonnenberg erwähnte dann noch einige Fälle, in denen man gegenüber den Postassistenten das Brief- und Telegraphengeheimniß verletzt habe und fuhr fort: „Herr Geheimrath Fischer sagte: Man geht überhaupt nur auf gesetzlichem Wege dem Verbande gegenüber vor und bestraft nur Unzulässigkeiten. Ich wiederhole immer wieder, das ist ganz gewiß das gute Recht der betreffenden Postbehörde. Aber ich kann damit Folgendes nicht in Einklang bringen: Es existirt noch heute eine geheime Anweisung an die Vorsteher der Postämtern, nicht zu dulden, daß den Postassistenten, auch wenn sie dienstfrei sind, Urlaub ertheilt wird, um die Verbandstage zu besuchen. Es ist sogar ein Postbeamter Franke in Hamburg deswegen nicht als Kassirer bestätigt worden, weil er einen Assistenten während des Verbandstages nach Berlin beurlaubt hatte. Er war während der Zeit Stellvertreter des Amtsvorstehers und kannte die geheime Verfügung nicht. Es ist ihm von seinen Vorgesetzten der Vorwurf gemacht worden, daß er sich zu „schlapp" verhalten habe. Daß viele Versetzungen aus Anlaß der Zugehörigkeit zum Verbande statt finden, hat dankenswerther Weise Herr Geheimrath Fischer selbst angegeben. Das kann nach meiner Meinung unter Umständen auch durchaus gerechtfertigt sein, wenn nämlich Unzuträglichkeiten vorkommen, wie Herr Fischer sie in Einzelfällen geschildert hat. Aber diese Versetzungen finden wirklich in etwas auffallend großem Umfange statt. Im abgelaufenen Jahre haben sie stattgefunden in den Oberpostdirektionsbezirken Bremen, Kiel, Karlsruhe, Frankfurt a. M. u. s. w. Ja, ich glaube, die Postverwaltung irrt manchmal, wenn sie meint, daß diese Versetzungen immer nur im Interesse des Dienstes lägen. Ich bringe Uebelstände lediglich zur Sprache, um Anlaß zur Untersuchung zu geben. Ich meine, die Treppe scheuert sich am besten von oben; man soll nicht allein die unteren Beamten kontroliren, ob sie gegen die Bestimmungen verstoßen, sondern soll auch die unteren Beamten dann in Schutz nehmen, wenn sie von oberen Beamten gesetzwidrig gemaßregelt werden, ohne daß sie es verdienen."

Direktor Fischer erwiederte hierauf: „In dem vom Abgeordneten Liebermann angeführten Fall hat der Telegraphenvorsteher unzweifelhaft seine Befugniß dahin überschritten, daß er den Beamten zur Rede gestellt hat. Der Oberpostvorsteher hat unmittelbar, nachdem er davon Kenntniß bekommen, den Telegraphendirektor wegen dieses Uebergriffes mündlich rektifizirt. Hätte der Beamte, statt sich an einen Reichstagsabgeordneten zu wenden, eine Beschwerde eingereicht, so wäre noch eine schriftliche Rektifikation erfolgt. Es ist also nicht nöthig, die Sache so tragisch zu nehmen, als ob eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses vorliegt. Anders wird auch der Fall nicht sein, der 1890 in Halle vorgekommen sein soll. Ich werde Erkundigungen einziehen lassen, und wenn es nöthig ist, soll auch noch nach 4 Jahren Rektifikation eintreten. In Bezug auf die behauptete Verletzung des Briefgeheimnisses in Straßburg haben aber die vom Vorredner als Zeugen vorgeschlagenen Beamten ausdrücklich bekundet, daß es unwahr sei, daß ihnen der vom Vorredner behauptete Auftrag, aus den eingehenden Briefsendungen und aus der Tasche des Briefträgers die Adresse der Mitglieder des Assistentenverbandes zu erfahren, gegeben worden sei. Genau so ist es auch mit dem anderen Fall. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht aufhalten, ich stehe dem Abgeordneten, wenn er die Protokolle einsehen will, zur Verfügung. Es wäre aber besser, wenn er ein anderes Mal mich vorher benachrichtigen wollte, wenn er solche Fälle anführen will." Abg. Liebermann von Sonnenberg dankte dem Geheimrath Fischer dafür, daß er sich bereit erklärt habe, stets solche Fälle zu untersuchen; er werde von seinem Anerbieten gern bei passender Gelegenheit Gebrauch machen; „denn mir liegt gar nichts daran, in irgend einer Weise einer Königlichen Behörde Schwierigkeiten zu machen, mir liegt nur daran, daß das Recht nicht geschädigt wird. Wenn hohe Beamte, die die Autorität wahren sollen, urtheilen, so müssen sie gerecht sein; Gerechtigkeit ist die Stütze der Autorität und die Autorität ist schließlich die Stütze des Thrones. In dieser Gesinnung suche ich für Beschwerden, die ich für berechtigt halte, in irgend einer Form Abhilfe zu schaffen."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Februar.

* Kiel. Der Unfall auf dem Panzerschiff „Brandenburg" ist heute Vormittag bei einer Probefahrt passirt. Nach amtlicher Mittheilung ist auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise das Hauptdampfrohr der Steuerbordmaschine geplatzt. Das Unglück ereignete sich hinter Stollergrund, etwa drei Meilen von Bülk. Als die Nachricht von der Explosion nach hier gemeldet, erhielt das Wachtschiff „Pelikan" Befehl, zur Hilfeleistung zum „Brandenburg" abzugehen. An Bord des „Pelikan" befand sich Prinz Heinrich. Die Todten, deren Zahl 39 beträgt, sind bereits hierher geschafft worden. Die in der Todtenliste aufgeführten Handwerker sind Arbeiter von der Kaiserlichen Werft. Es scheint sicher, daß die Zahl der Verwundeten, von denen inzwischen 2 gestorben sind, nicht mehr als 10 beträgt.

* Kiel. Das Unglück geschah Vormittags 11 Uhr. Als die Explosion erfolgte, wurden sofort alle Mannschaften auf Deck befördert und die Pumpen klar gemacht. Zur Zeit des Unglücks befanden sich 41 Personen im Maschinenraum, darunter viele Arbeiter; von diesen Personen hat sich nur ein einziger Arbeiter gerettet, der an der Treppe stand, um nach oben zu steigen. Der „Brandenburg" ist noch nicht hier eingetroffen und liegt angeblich in der Strander Bucht.

Berlin. Reichstag. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des gegen den Abg. Möller-Waldenburg beim Amtsgericht zu Bochum wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session wird angenommen. Hierauf wird in die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem Kolonialetat eingetreten. Es werden mehr verlangt 32,900 Mk. für einen dritten Direktor der Kolonialabtheilung, einen vortragenden Rath und einen Hilfsarbeiter. — Abg. v. Staudy (kons.) wünscht eine zielbewußte Kolonialpolitik. Die Zustände in unseren Kolonien sind unbeschreiblich. Unfälle können ja vorkommen, aber so wie jetzt könne es nicht weiter gehen. Ein großer Theil seiner Freunde ist für die Errichtung eines besonderen Kolonialamtes. Was die Regierung vorschlägt, ist nur eine halbe Maßregel; wir haben daher in der Kommission Streichung des geforderten dritten Direktors beantragt. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): In dem Endziele der Schaffung eines Kolonialamtes ist er mit dem Vorredner einverstanden; zu diesem Zwecke ist die Forderung der Regierung aber ein bedeutsamer Schritt. — Die Mehrforderung wird bewilligt. — Bei der Gesandtschaft in Athen wünscht Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) Eintreten der Reichsregierung für die Interessen der Besitzer griechischer Staatspapiere. — Zur Gesandtschaft in Bukarest bemerkt Abg. Hasse (nat.-lib.): In Bukarest sei ein Petroleum-Unternehmen zusammengebrochen, dessen Aktien auch in Berlin verbreitet wurden, die Gründer Blumenfeld und Singer seien wegen Betrugs verurtheilt. In ihrem Interesse habe eine hiesige Bank ihren Einfluß geltend zu machen gesucht. Er bitte die Reichsregierung, in Bukarest keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Regierung und Volksvertretung von Deutschland mit dem Vorgehen jener Bank nicht identifizirt. — Die für den Botschafter in Rom geforderte Zulage von 20,000 Mk. wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen. Bei dem Generalkonsulat in Shanghai beschwert sich Abg. Jebsen (nat.-lib.) über die Schwierigkeiten, die dem Dampfverkehr nach China durch die Engländer gemacht werden. Beim Konsulat Athen bejahte Reichskanzler Graf Caprivi die Anfrage des Abg. Schmidt-Warburg, ob seitens der Regierung Schritte zur Wahrung der Interessen der Besitzer griechischer Papiere erfolgt seien. Beim Konsulat in Porto Alegre wünscht Abg. Hasse Erhöhung der Zahl der Berufskonsulate, besonders in Brasilien, weil sich die Wahlkonsuls dort als nicht energisch genug bewiesen hätten. — Abg. Richter (freis.) bemerkt, die von der Geschäftswelt an die Berufskonsulate geknüpften Erwartungen hätten sich vielfach nicht erfüllt, weshalb sich an einigen Plätzen die Einziehung derselben empfehlen würde. — Der Titel Geheimfonds wird nach kurzer Erörterung bewilligt. — Beim Titel Unterstützung deutscher Schulen im Auslande wünscht Abg. Hasse (nat.-lib.) Erhöhung des dafür ausgeworfenen Betrages von 100,000 Mk.; ärmere Staaten wie Italien verwendeten mehr für diesen Zweck. Namentlich müsse für die deutschen Schulen in der Levante mehr geschehen, sowohl zum Schutze unserer materiellen Interessen, wie im Interesse unseres nationalen Ansehens. — Zum Kolonialetat beantragt die Kommission folgende Resolution: 1) die verbündeten Regierungen um Beseitigung derjenigen Hindernisse zu ersuchen, welche der Ausbreitung der in den Kolonien wirkenden Väter vom heiligen Geist entgegenstehen, 2) Vorlegung eines Gesetzes betr. Bestrafung von Sklavenraub und Sklavenhandel an die verbündeten Regierungen. Die Berathung erstreckt sich zunächst auf den Etat für Ostafrika und die beiden Resolutionen. Bei dem Etat für Ostafrika hat die Kommission den Reichszuschuß von 3,05 Millionen auf 2,370,000 Mk. herabgesetzt. — Abg. Bebel (soz.): Die Budgetkommission ist diesmal möglichst sparsam gewesen, sie hat sogar, was bisher unerhört war, Abstriche beim Militäretat gemacht, nur im Kolonialetat hat sie die Sparsamkeit nicht geübt, obschon unsere Kolonialpolitik den von uns vorausgesagten Gang genommen hat, ja es sind für Ostafrika mehr Mittel aufgewendet worden. Diesmal sollen wir den Reichszuschuß sogar von 2½ auf 3½ Millionen erhöhen und außerdem Nachtragsforderungen für militärische Zwecke bewilligen. Diese Ausgaben stehen in keinem Verhältniß zu den wirthschaftlichen Vortheilen, die Deutschland von Ostafrika hat. Der ganze Handel der Kolonie beträgt 18 Millionen Mark, dem gegenüber stehen die 3½ Millionen Reichszuschuß, 900,000 Mk. Transferinvaliden und Ausgaben für Kabel und dergl. Wir besitzen auch nicht das nöthige Menschenmaterial, um die Kolonie nutzbringend zu verwalten. Das beweisen die bekannten Exzesse des Civilgouverneurs in Ostafrika. Wie waren solche Exzesse überhaupt möglich? Man hat gefragt, ob ein vernünftiger Mensch so etwas anordnen könne und man hat von Trauma[illegible] gesprochen. Jetzt wird der Erlaß des Herrn v. Wißmann noch auf die Europäer angewendet. Ein Herr Klemm, früherer Photograph, ist im Zimmer der deutschen Firma Hofmann, da ruft eine Stentorstimme: „Hofmann kommen Sie mal heraus!" Der junge Mann geht hinaus und wird wieder mit Stentorstimme angeredet: „Weshalb grüßen Sie mich nicht? Ich bin der Vizegouverneur und stehe hier im Namen des Kaisers." Der junge Mann wurde mit Schweinehund, Flegel und dergl. Ausdrücken überhäuft und dann durch Schwarze abgeführt. Derartige Uebergriffe sind häufig. Der Mann kann unmöglich länger auf seinem Posten bleiben. Die Peitsche ist überall im Schwange und zwar die Nilpferdpeitsche. Ich werde Ihnen morgen so ein Ding vorlegen, ein Schlag damit genügt. Mit einem solchen System kommen wir zu keinem Erfolge. Zustände hier hier dort. Durch die Mission, in deren Willen das Centrum für die Kolonialpolitik ist, wird die Kultur nicht gehoben; das Christenthum ist hier nur Firniß. — Reichskanzler Graf Caprivi: Ich bin wohl ebenso human wie der Herr Vorredner, ich kann aber nicht verurtheilen, ehe ich nicht den anderen Theil gehört habe. Was er von der Prügelstrafe gesagt hat, wird geprüft und ev. Abhilfe geschaffen werden. Ueber den Fall in Kamerun ist die Untersuchung im Gange. Das segensreiche Wirken der Mission erkenne ich an und werde Alles thun, um den Vätern des heiligen Geistes ihre Thätigkeit zu erleichtern (Beifall im Centrum). Aber nun zu Ostafrika. Ich habe lange nach einem geeigneten Manne gesucht. Herr v. Wißmann wurde mir empfohlen und ich glaube nicht, daß es richtig ist, ihn in solcher Weise lächerlich zu machen. Was hat er denn verbrochen? Er hat vielleicht militärische Honneurs vorgeschrieben, das hat sich doch sonst bewährt. Die Verordnung gegen die Hunde rechtfertige

Pfund's (Gerstäcker's Nachfolger) **Kinderwäsche.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Telephon Amt I, 1894.